

Rente mit 68? Viele sagen Nein dazu

Noch ist die Rente mit 67 nicht umgesetzt, da sorgt der Vorschlag für einen Renteneintritt mit 68 bereits für Aufregung. Was halten Politiker aus der Region und Gewerkschafter davon? Wir haben nachgefragt.

VON BERND WIENTJES

TRIER Wenn es darum geht, das Renteneintrittsalter weiter anzuheben, ist Ärger programmiert. Daher ist es nicht überraschend, dass der Vorschlag eines Beratergremiums von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) für eine Rente mit 68 von den Gewerkschaften, Teilen der Politik (allen voran den Linken und der SPD, aber auch die CSU hat bereits ihr Nein verkündet) lautstark abgelehnt wird.

Es gebe viele Berufe, vor allem solche, in denen körperlich hart gearbeitet werde, bei denen Menschen nicht bis ins hohe Alter arbeiten können, formuliert **DGB-Regionalgeschäftsführer James Marsh** seinen Widerspruch gegen die Pläne.

Die Berater des Bundeswirtschaftsministers begründen ihren Vorstoß damit, dass das Renteneintrittsalter langfristig nicht von der Entwicklung der Lebenserwartung abgekoppelt werden könne. Sie schlagen eine „**dynamische Kopplung des Rentenalters an die Lebenserwartung**“ vor. Zuletzt wurde 2007 das Renteneintrittsalter erhöht. Für alle Jahrgänge ab 1964 gilt seitdem: volle Rente erst mit 67.

Ein Blick in die Statistik zeigt, dass das durchschnittliche Renteneintrittsalter in Rheinland-Pfalz bei 64 Jahren liegt. In der Region waren laut Statistischem Landesamt



Was kommt auf die Beschäftigten zu? Über die Rente mit 68 wird derzeit heftig diskutiert.

FOTO: ISTOCK/MACGYVERHH

im Jahr 2018 rund 2200 sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige älter als 65 Jahre, von insgesamt 177 000 hier in der Region beschäftigten Arbeitnehmern. Nach Angaben des DGB-Rentenreports für Rheinland-Pfalz waren 2018 lediglich sieben Prozent der 65-Jährigen im Land noch sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Die Zahlen verdeutlichen, dass die von der Politik durchgeführte schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 an der Lebensrealität der Menschen im Land

vorbeigehe, heißt es im Report des Gewerkschaftsbundes. Nach den vom DGB vorgelegten Zahlen bekommt ein Rentner in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 1139 Euro, eine Rentnerin 667 Euro. Mit weniger als 650 Euro bei den Frauen liegt der Wert in der Region (mit Ausnahme von Trier) unter dem Durchschnittswert. Männer erhalten in den Kreisen Bernkastel-Wittlich, Vulkaneifel und Trier-Saarburg im Schnitt eine Rente von 1000 bis 1200 Euro. In Trier und im Eifelkreis liegt der Betrag unter 1000 Euro.

Laut DGB ist jeder sechste Rentner in Rheinland-Pfalz armutsgefährdet. Und das könnte sich mit einer Anhebung des Renteneintrittsalters weiter verschärfen. „Viele ArbeitnehmerInnen haben überhaupt keine Aussicht, diese Altersgrenze zu erreichen“, sagt **Corinna Ruffer, Bundestagsabgeordnete der Grünen aus Trier**. Eine Anhebung des Rentenalters, „um eine versteckte Rentenkürzung durchzusetzen, ist Gift. Einen solchen Vorschlag kann nur jemand machen, der keine Idee davon hat, was körperliche Arbeit bedeu-

tet“, so Ruffer. Es könne nicht sein sein, dass die Menschen jährlich mit neuen Vorschlägen zum Renteneintrittsalter verunsichert würden, kritisiert der **rheinland-pfälzische DGB-Chef Dietmar Muscheid** die Pläne.

„Wer die Rente von morgen sichern will, sollte besser heute dafür sorgen, dass möglichst alle jungen Frauen und Männer einen Ausbildungsplatz und damit die Perspektive bekommen, als Fachkräfte zukünftige Beitragszahler zu werden.“ Als „unsozial, unnötig und unzu-

mutbar“ bezeichnet die **Trierer Linken-Bundestagsabgeordnete Katrin Werner** den Vorschlag: „Wir brauchen eine Rentenkasse, in die alle einzahlen, auch Beamte, Selbstständige sowie Politikerinnen und Politiker“. Auch Arbeitgeber müssten einen höheren Beitrag zur Rentenversicherung leisten, so Werner. „Damit wäre ein höheres Rentenniveau und eine Rente ab 65 möglich.“

Auch einige CDU-Politiker wie der Cochemer **Bundestagsabgeordnete Peter Bleser** lehnen den Vorstoß ab. Noch befindet sich das Gesetz für die Rente mit 67 in der Umsetzung, sagte der scheidende Parlamentarier unserer Redaktion. Er plädiert dafür, die Finanzierung der Rente durch „eine möglichst hohe Anzahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten“ sicherzustellen. Darüber hinaus sei eine zusätzliche private Vorsorge empfehlenswert.

Diese wiederum lehnt DGB-Regionalgeschäftsführer Marsh rigoros ab: „Menschen müssen von ihrer Rente leben können. Die private Vorsorge ist der falsche Weg.“

Die Diskussion über ein höheres Renteneintrittsalter dürfe kein Tabu sein, sagt der **Eifeler CDU-Bundestagsabgeordnete Patrick Schnieder**. Durch den Anstieg der Lebenserwartung und den demografischen Wandel stiegen die Ausgaben der Rentenversicherung. „Die Finanzierung der gesetzlichen Rente muss daher neu ausgerichtet werden. Anpassungen beim Renteneintrittsalter können dabei eine Stellschraube sein.“ Zunächst müsse aber die Rente mit 67 vollständig umgesetzt werden. Schnieder plädiert für einen flexiblen Renteneintritt: „Diejenigen, die jeden Tag körperlich anstrengende Arbeit leisten, können in vielen Fällen nicht über das 67. Lebensjahr hinaus arbeiten. Der Büroangestellte hingegen möchte vielleicht sogar länger arbeiten.“

Unsichtbare Drogen erobern den Knast

Es ist kein Zufall, dass das Wittlicher Gefängnis unter den rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten die Rauschgiftstatistik anführt. JVA-Leiter Jörn Patzak sagt, warum er darüber nicht so ganz unfroh ist.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Bei diesem Ranking sieht sich kein Gefängnisdirektor gerne an oberster Stelle: Die Wittlicher Justizvollzugsanstalt führt die Hitliste der rheinland-pfälzischen Gefängnisse an, in denen im vergangenen Jahr am häufigsten Drogen sichergestellt wurden. Knapp ein Drittel aller 137 Rauschgiftfunde in den elf Gefängnissen und Jugendstrafanstalten des Landes gab es demnach in Wittlich. Und auch im laufenden Jahr setzt sich dieser Trend fort. 14 der bislang 36 Drogenfunde hinter schwedischen Gardinen wurden in Wittlich gemacht. Das geht aus einer Antwort des Mainzer Justizministeriums auf eine Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Matthias Lammert hervor.

Zwar ist die JVA Wittlich mit 600 Haftplätzen die größte und modernste Haftanstalt in Rheinland-Pfalz. Doch als alleinige Begründung für den Wittlicher Spitzenplatz im Rauschgift-Ranking reicht das nicht aus. JVA-Leiter Jörn Patzak verweist da lieber auf einen ganz speziellen Drogenscanner, der in Wittlich seit inzwischen über zwei Jahren im Einsatz ist – und das überaus erfolgreich. So erfolgreich, dass mittlerweile auch Justizvollzugsanstalten aus anderen Bundesländern die Wittlicher Kollegen regelmäßig um Hilfe bitten. Und auch eine Kooperation mit den luxemburgischen Kollegen ist laut Patzak schon in Planung.

Dass Drogen auch im Gefängnis eine Rolle spielen, ist kein Geheimnis. Der Wittlicher Gefängnisleiter schätzt, dass etwa ein Drittel aller Gefangenen abhängig von Suchtmitteln ist. Jörn Patzak verweist auf Studien, wonach 20 Prozent der Gefangenen auch in der Haft Rauschgift konsumieren. Aber wie kommen die Drogen in den Knast? Der tra-

ditionelle Weg geht über Besucher oder Freigänger, die das Rauschgift auf unterschiedlichen Wegen – etwa durch Körperöffnungen – ins Gefängnis schmuggeln. Theoretisch könnte zwar die Staatsanwaltschaft eine körperliche Untersuchung bei einem Verdacht anordnen, sagt Patzak. „Aber bei so viel Ausgängern: Das ist die Realität, das ist der einfachste Weg, wie Drogen reinkommen.“

Ein zusätzliches Problem ist, dass die in den zurückliegenden Jahren überwiegend geschmuggelten Drogen quasi unsichtbar sind. Die neuen psychoaktiven Substanzen sind synthetisch hergestellte Stoffe, mit denen die Wirkung klassischer Drogen nachgeahmt wird. Aus einem mit den Substanzen beträufeltes Blatt Papier könne eine Vielzahl an Konsumeinheiten herausgeschnitten werden, weiß JVA-Leiter Jörn

Patzak. Nach seinen Angaben sind die kurz NPS (Neue Psychoaktive Stoffe) genannten Drogen so beliebt, weil sie online einfach zu erwerben, leicht zu schmuggeln und mit herkömmlichen Drogenschnelltests nicht nachweisbar seien. „Die haben die klassischen Drogen verdrängt“, sagt Patzak.

Doch der in Wittlich eingesetzte Drogenscanner findet die neuen Substanzen, die später von den Konsumenten in ihre Zigaretten gedreht und dann geraucht werden. Nach Angaben Patzaks ist das Prozedere vergleichbar mit dem auf Flughäfen: Ein weißer Teststreifen wird über die möglicherweise mit NPS beträufelten Gegenstände gezogen und anschließend im Drogenscanner analysiert. Innerhalb von Sekunden steht das Ergebnis fest.

Der Vorteil des Geräts ist seine „Lernfähigkeit“. Da sich die NPS-Zu-

sammensetzungen ständig ändern, wird der Wittlicher Drogenscanner durch das rheinland-pfälzische Landeskriminalamt per E-Mail regelmäßig mit neuen Messdaten versorgt und damit *up to date* gehalten. Aktuell arbeiten LKA und die Wittlicher JVA an einer zusätzlichen Datenbank mit 80 Medikamenten, die von Häftlingen häufig als Drogenersatz benutzt werden.

Das Auffinden von Drogen, die in die JVA geschmuggelt werden sollen, ist für den Wittlicher Gefängnisleiter aber nur eine Seite der Medaille. „Wir machen auch viel in Sachen Drogenberatung und Prävention“, sagt Patzak, der in Bezug auf die Rauschgiftbekämpfung hinter Gittern von einem Gesamtpaket spricht. Illusionen gibt sich Patzak dabei nicht hin: „Wir werden das Thema auf keinen Fall ganz verhindern können.“



Auch hinter Gittern müssen Süchtige oftmals nicht auf ihren Stoff verzichten.

FOTO: DPA

Missbrauchsoffer äußern sich positiv über Visitatoren

Die Bevollmächtigten des Papstes haben ihre Untersuchung im Erzbistum Köln begonnen. Als Erstes sprachen sie am Dienstag mit den Opfern sexuellen Missbrauchs – und erwiesen sich als gute Zuhörer.

KÖLN (dpa) Opfer sexuellen Missbrauchs sind am Dienstag die ersten Gesprächspartner der Apostolischen Visitatoren von Papst Franziskus im Erzbistum Köln gewesen. Die Betroffenen äußerten sich anschließend positiv über den Kontakt mit Bischof Hans van den Hende aus Rotterdam und Kardinal Anders Arborelius aus Stockholm. Die beiden Gesandten untersuchen derzeit die Ursachen der schweren Vertrauenskrise im größten deutschen Bistum.

Am Dienstag hörten sie sowohl derzeitigen als auch früheren Mitgliedern des Betroffenenbeirats zu. Einige Betroffene hatten den Beirat aus Protest gegen Kardinal Rainer Maria Woelki verlassen. Ex-Beiratsmitglied Patrick Bauer beschrieb die Visitatoren in einem Interview mit der „Augsburger Allgemeinen“ als „wahrnehmungsfähig und uns zugewandt“. Der Deutschen Presse-Agentur sagte Bauer: „Ich habe am Anfang aus Jux gefragt: „Wo geht's denn hier zur Inquisition?“ Aber genau das war es nicht.“

Die Visitatoren hätten im Wesentlichen zugehört. „Sie haben nichts kommentiert, aber sie haben manchmal zum Beispiel Erstaunen oder Unverständnis signalisiert.“ Sie hätten Sätze gesagt wie „Das muss aber schrecklich für Sie gewesen sein“ oder „Das war ärgerlich“. Er und vier andere ehemalige Beiratsmitglieder hätten mit den Vi-

sitatoren im Oval gesessen, so dass eine Gegenüber-Situation vermieden worden sei. Die Visitatoren hätten nicht danach gefragt, wie sich Kardinal Woelki in bestimmten Situationen verhalten habe. Sie hätten ihre Gesprächspartner einfach frei erzählen lassen. Bauer war Anfang der 80er Jahre als Internatsschüler am Bonner Aloisiuskolleg von einem Jesuitenpater sexuell missbraucht worden.

Auch das aktuelle Beiratsmitglied Peter Bringmann-Henselder äußerte sich nach seinem Gespräch mit den Visitatoren zufrieden. „Es war nicht so, wie man es jetzt in den Medien gehört hat, dass sie kommen und richten“, sagte er. „Die informieren sich, was ist und was nicht ist.“

Bringmann-Henselder, der als Heimkind in Köln missbraucht und misshandelt worden war, sprach sich gegen Bischofsrücktritte aus, da sie sich damit nur ihrer Verantwortung entziehen würden. „Ich finde es gut, dass Kardinal Woelki gesagt hat, er bleibt“, sagte Bringmann-Henselder der Deutschen Presse-Agentur. „Ich habe bis jetzt noch keinen der Bischöfe oder Kardinal getroffen, der so vehement an dieser Sache arbeitet wie der Kardinal Woelki.“ Nach dem Rücktrittsgesuch des Münchner Kardinals Reinhard Marx in der vergangenen Woche waren auch gegen Woelki erneut Rücktrittsforderungen erhoben worden. Woelki hatte aber klargemacht, dass er bleiben will.

Die Krise im Erzbistum Köln hatte sich unter anderem daran entzündet, dass Woelki ein Gutachten zum Umgang von Bistumsverantwortlichen mit Vorwürfen des sexuellen Missbrauchs von Kindern lange zurückgehalten hatte.

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch